

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung zum Ergebnis der NATO-Konferenz am 9./10. Juni 1983

Der Bundestag wolle beschließen:

- Angesichts zunehmender Rüstungen in Ost und West,
- in Würdigung der wachsenden Sorgen der Menschen über die Gefährdung des Friedens,
- im Hinblick auf die knapper werdende Zeit für einen positiven Ausgang der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen,
- in Kenntnis seiner früher gefaßten Beschlüsse,

unterstützt der Deutsche Bundestag die mit Zweidrittelmehrheit ausgesprochene Forderung des amerikanischen Repräsentantenhauses nach einem vereinbarten und kontrollierbaren Einfrieren der Atomwaffen beider Supermächte als einen wesentlichen Schritt zu erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen,

appelliert der Deutsche Bundestag an die beiden Weltmächte, noch in der jetzigen Phase der Genfer INF-Verhandlungen eine äußerste Anstrengung zu unternehmen, um ein Abkommen zu erreichen, das durch eine substantielle Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen der Sowjetunion eine Reaktion der NATO auf die sowjetische Rüstung in diesem Bereich überflüssig macht,

erklärt der Deutsche Bundestag, daß er nach Abschluß der für die Zeit vom 15. September bis 15. November 1983 vorgesehenen Verhandlungsrunde in Genf das Verhandlungsergebnis prüfen wird und auf seinem Recht besteht, über die daraus zu ziehenden Konsequenzen zu entscheiden,

betont der Deutsche Bundestag nachdrücklich, daß vor einer solchen Entscheidung Pershing II-Raketen oder Marschflugkörper, oder Teile dieser Waffensysteme, auf keinen Fall in die Bundesrepublik Deutschland gebracht werden dürfen.

Bonn, den 15. Juni 1983

Dr. Vogel und Fraktion

